Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 23. **Montag** den 23. Januar 1888. **82. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,
den **Wochenmarkt** betr.

Den an uns gelangten Wünschen entsprechend, haben wir beschlossen, auch während der Dauer der für die Aufstellung des Siegesdenkmals nöthigen Arbeiten den Wochenmarkt vom nächsten Dienstag

den 24. dieses Monats an

auf den **Marktplatz** und die übrigen bisher mitbenutzten Straßen und Plätze der **innern** Stadt zurückzuverlegen.

Es geschieht diese Verlegung **versuchsweise** und es wird dabei vorausgesetzt, daß den Anordnungen des Marktinspectors bezüglich der Platzeintheilung allerseits unbedingte Folge geleistet werden wird.

Wie früher werden die Fischhändler auf dem Marktplatz und die Handelsgärtner auf dem Naschmarkt Aufstellung zu nehmen, während die Wildprethändler auf dem Nicolaikirchhof und die Obsthändler in der Ritterstraße feil zu halten haben.

Leipzig, den 21. Januar 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 258. Dr. Georgi. Hennig.

Holzauction.

Montag, den 30. Januar 1888 sollen im Grasdorfer Forstreviere

11 Eichen-
57 Birken-
27 Ellern-
1 Kiefern- und **Nutzklöße,**
12 Fichten-
11 Stück **Eichen-Schirrhölzer,**
168 „ **Fichten-Stangen** von 10/15 cm Stärke,
1 Mstr. **Eichennutzscheite** und
19 **Abraumhaufen**

unter den im Termine öffentlich aushängenden Bedingungen und gegen die übliche Anzahlung meistbietend an Ort und Stelle verkauft werden.

Zusammenkunft: Vormittags ½10 Uhr in der Nähe der **Teregritzer Mühle** und **½12 Uhr** im sogenannten **Portitzer Hölzchen** bei Portitz.

Leipzig, am 10. Januar 1888.

Des Raths Forstdeputation.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Armenamte sollen im Stadthause allhier

Donnerstag, den 26. Januar 1888,
Vorm. von 9 Uhr an

eine Partie getragene Kleidungsstücke, Möbel, Haus- und Küchengeräthe, Betten u. dergl. m. meistbietend versteigert werden.

Leipzig, den 20. Januar 1888.

Das Armenamt.
Ludwig-Wolf. Jungbähnel.

Städtische Sparcasse
beleiht Werthpapiere unter **günstigen** Bedingungen.
Leipzig, den 14. Januar 1888.
Die Sparcassen-Deputation.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 23. Januar 1888.

* Nach einer officiösen Mittheilung der „Münchener Allgemeinen Zeitung" aus Berlin wird der Kronprinz nach eingegangener officieller Mittheilung aus San Remo Anfang Mai zurückkehren, um der Hochzeit des Prinzen Heinrich beizuwohnen.

* Wenn sich immer noch die Abschätzungen über die Kosten der neuen Wehrvorlage, mit welcher selbstverständlich noch sehr viele Ausrüstungsgegenstände und Anschaffungen in Verbindung stehen, die in den Rahmen des Gesetzes nicht hinein gehören, in Summen unter zweihundert Millionen bewegen, so ist dies, wie auch die „Kölnische Zeitung" erklärt, ein Irrthum, dem eine starke Enttäuschung bevorsteht. Das rheinische Blatt kann nur seine Bemerkung wiederholen, „daß die durch diese Mehrrüstungen erweiterte Sicherung eines glücklichen Kriegsausganges und — was am meisten zu hoffen ist — des Friedens durch die Mehrausgaben nicht zu teuer erkauft sein wird."

* Ueber die „Branntweinsteuer", die ja in den politischen Erörterungen der Gegenwart eine so bedeutende Rolle spielt und auch in nächster Zukunft spielen wird, ist eine sehr lehrreiche, klare und übersichtliche Abhandlung des Meininger Reichstagsabgeordneten Zeitz erschienen (Meiningen bei Keyßner), welche auf dem knappen Raum von 4½ Bogen alles für weitere Kreise Wissenswerthe über die Geschichte, den Inhalt, die Bedeutung und Wirkung des Gesetzes und seiner einzelnen Bestimmungen enthält. Die Abhandlung ist aus einem im October v. J. auf dem nationalliberalen thüringischen Parteitag in Jena gehaltenen Vortrag des genannten Abgeordneten hervorgegangen. Die durch das Gesetz erzielten Erfolge faßt Herr Zeitz folgendermaßen zusammen: „Das Reich ist durch dieses Gesetz finanziell consolidirt, nachdem es vorher durch das Septennat militärisch befestigt wurde. Die Erhaltung der für den Osten Deutschlands so nöthigen Kartoffelbrennerei ist auch durch das neue Gesetz gewährleistet. Dem Kleinbetrieb in der Brennerei ist nunmehr durch ganz Deutschland Schutz gegeben. Für die dringend nothwendige Erhaltung und Neubelebung der Brennerei als landwirthschaftliches Nebengewerbe ist Sorge getragen. Die Entfuselung des Branntweins ist gesetzlich bestimmt. Der in politischer und wirthschaftlicher Beziehung so dringend erwünschte Anschluß der süddeutschen Staaten an die norddeutsche Branntweinsteuergemeinschaft ist erreicht. Eine für das allgemeine Volkswohl nur heilsame Consumvermiderung ist eingeführt. Der Steuerzahler ist vor der so verderblichen, sonst aber unvermeidlich gewesenen Last der Erhöhung der directen Steuern um ca. 50 Proc. geschützt, die Einzelstaaten sind von den Matricularbeiträgen entlastet, sie können ihre Finanzreformen kräftig in die Hand nehmen, welche voraussichtlich den unteren Classen zu Gute kommen werden. Die Mittel für die Alters- und Invalidenversorgung, soweit sie auf das Reich entfallen, sind gewonnen." Diese Gesichtspuncte werden in der kleinen Schrift im Einzelnen sehr treffend ausgeführt. Wer sich in Kürze über den wichtigen Gegenstand erschöpfend belehren will, dem kann das Studium dieses Aufsatzes bestens empfohlen werden.

* Der geschäftsführende Vorstand des Centralverbandes deutscher Bäckerinnungen „Germania" hat an den Reichstag das Ersuchen gerichtet, den §. 66 der Reichsgewerbeordnung dahin abzuändern, daß in Zukunft der Verkauf von Backwaaren auf Wochenmärkten nicht mehr gestattet sei (!!) und hinter die Worte: „frische Lebensmittel aller Art" eingefügt werde: „mit Ausnahme von Backwaaren."

* Die katholische „Ermeländer Zeitung" bringt über die Deputation, welche dem Erzbischof D. Dinder die bekannte Adresse in Angelegenheit der Sprache beim Religionsunterricht überreicht hat, folgende Mittheilungen: Die Führung der Deputation sei dem Fürsten Radziwill angetragen worden; dieser habe aber für diese Ehre gedankt; wahrscheinlich habe ihn dazu der unerhörte Ton der Adresse veranlaßt. Es falle auf, daß einflußreiche polnische Politiker, wie z. B. Herr von Chlapowski, an der Demonstration nicht theilgenommen. Es liege die Muthmaßung vor, daß man von einer gewissen Seite den Erzbischof zur Resignation drängen wolle; die aus der Provinz eintreffenden Nachrichten bestätigen dies; es sei dies in Wirklichkeit die Absicht der polnischen Adelskoterie; die Sprachenfrage sei nur zum Vorwande genommen worden. Die Demonstranten wüßten ganz wohl, daß der Erzbischof auf ihre rücksichtslose Forderung, seine Verfügung zurückzuziehen, nicht eingehen könne, und daß nur eine bescheidene Vorstellung irgend einen Erfolg hätte haben können; trotzdem hätten sie die Form einer öffentlichen Demonstration gewählt. Die Ueberzeugung dieser Herren finde den entsprechendsten Ausdruck in den Worten: „Lieber mag gar kein Religionsunterricht sein, wenn er nicht in polnischer Sprache ertheilt werden soll", und „Lieber mögen wir gar keinen Erzbischof haben" ꝛc. Der „Kurjer Poznański" ist natürlich über diese Auslassungen sehr entrüstet und bezeichnet die obige Mittheilung als unwahr.

* * *

* Wie der „Neuen Freien Presse" aus Pest gemeldet wird, erfolgte am Donnerstag im ungarischen Honved-Ministerium die Unterzeichnung des Vertrages, welcher zwischen der Regierung und der neugegründeten Waffenfabrik bezüglich der Lieferung von 180,000 Mannlicher-Repetirgewehren abgeschlossen wurde. Desgleichen ist der Vertrag zwischen der Waffenfabrik und der Berliner Commandit-Gesellschaft Ludwig Loewe & Comp. wegen der maschinellen Einrichtung des Pester Etablissements der ersteren perfect geworden. Im Sinne dieser Verträge verpflichtet sich die Waffenfabrik, bis spätestens 31. December 1889 die ersten tausend Gewehre abzuliefern; sodann steigt die Stückzahl der zu liefernden Gewehre in gewissen Terminen, so daß spätestens bis Ende März 1892 sämmtliche 180,000 Stück fertiggestellt und abgeliefert werden müssen. Hinsichtlich der Patronen wurde der Waffenfabrik sofort nach ihrer Fertigstellung die Lieferung eines bestimmten Quantums und für die weiteren Jahre eine gewisse Quote des Gesammtbedarfes zugesichert. Der mit der Firma Ludwig Loewe & Comp. abgeschlossene Vertrag bestimmt im Wesentlichen, daß ein Theil der Motoren schon Ende dieses Jahres und die übrigen Maschinen successive derart zu liefern seien, daß das Etablissement bis spätestens 30. September 1889 fertig und betriebsfähig sei.

* Die Thronrede, mit welcher König Oskar den schwedischen Reichstag am Donnerstag eröffnete, wird, wie ein Bericht der „Vossischen Zeitung" meldet, mit folgenden Bemerkungen über die auswärtige Politik eingeleitet: „Die Veranlassungen zur Besorgniß über die Störung des Weltfriedens, die am Ende des vorigen Jahres vorhanden waren, scheinen nun zurückgetreten zu sein. Wir dürfen die Hoffnung hegen, daß es den gegenseitigen Bestrebungen und der allgemeinen Liebe zum Frieden auf eine die Ruhe Europas gewährleistende Weise gelingen wird, die noch schwebenden Fragen zu lösen. Aber unter allen Verhältnissen wird es mein ernstes Bestreben sein, den vereinigten Reichen die Segnungen des Friedens zu bewahren, der ungestört geblieben ist, seit mein berühmter Stammvater Ihren Thron bestieg, sowie die freundschaftlichen Beziehungen aufrecht zu erhalten, die zwischen uns und den fremden Mächten geherrscht haben und herrschen." Zur inneren Lage übergehend, sagt der König: „Mit Rücksicht auf die schwebende Krisis werden größere Organisation und Gesetzvorschläge nicht eingebracht, nur diejenigen Sachen werden vorgelegt werden, die keine Verzögerung erleiden können." Eine geringe Erhöhung der Abgaben auf Branntwein und Tabak wurde in Aussicht gestellt.

* Der vielerwähnte Verleumdungsproceß betreffs des deutschen Militärbevollmächtigten von Villaume in Petersburg — dessen „Niederschlagung" noch bis vor Kurzem vielfach vermuthet wurde — ist am Freitag in erster Instanz endlich entschieden worden. Angeklagt war Herr Feodorow, Redacteur der „Nowoja Wremja", die seiner Zeit in einer Brüsseler Mittheilung den Oberstlieutenant von Villaume in Verbindung mit deutschem Spionenthum gebracht und ihn selbst dessen bezichtigt hatte. Auf diese Beschuldigung stützte sich die vom russischen Hauptquartier erhobene Verleumdungsanklage. Wie es hieß, war man im Petersburger Justizministerium der Meinung, es sei vom politischen Standpuncte vielleicht besser, die Sache auf sich beruhen zu lassen, da man nicht sicher auf ein „Schuldig" gegen die „Now. Wremja" rechnen könne, um so weniger, als der Brüsseler Correspondent des Blattes dem Gericht „Belegstücke" für seine Aeußerung zugestellt hatte, und die Redaction nicht in der Lage gewesen sei, die Mittheilung näher zu prüfen. Vor Kurzem jedoch soll General Richter, der Chef des Hauptquartiers, in der Angelegenheit persönlich mit dem Justizminister Rücksprache genommen haben, und es wurde bekannt, daß es in den Wünschen des Zaren liege, Herrn von Villaume die gebührende Genugthuung zu verschaffen. So wurde der Redacteur der „Nowoja Wremja" schuldig befunden und zu 150 Rbl. Geldstrafe, sowie zu 6 Wochen Arrest auf der Hauptwache verurtheilt. Daß nach dem mitgetheilten Hergang die Erledigung der Angelegenheit zumal unter den jetzigen Verhältnissen nicht ohne politisches Interesse ist, leuchtet ein.

* Die intimen Beziehungen Griechenlands zu der Türkei haben in der kürzlich erfolgten Verleihung des Nischan-Imtiaz-Ordens an König Georg einen solennen Ausdruck gefunden und wie bereits gemeldet, wird dieser Höflichkeits-Act, der, auf den schon seit langer Zeit bestandenen Wunsch des Sultans zurückzuführen ist, durch ein äußeres Zeichen die zwischen beiden Staaten bestehende Intimität zum Ausdrucke zu bringen, bereits in nächster Zeit durch Uebersendung des Großcordons des Erlöser-Ordens in prachtvoller Brillant-Decoration erwidert werden. Bis zur Stunde ist jedoch eine Rückwirkung dieses Austausches der Sympathie-Bezeugungen der beiden Souveraine auf die Erledigung der verschiedenen zwischen beiden Regierungen schwebenden Angelegenheiten nicht erfolgt und in den Kreisen der griechischen Regierung sieht man daher dem weiteren Verhalten der Pforte mit großem Interesse entgegen, wobei selbstverständlich die Hoffnung gehegt wird, daß türkischerseits die Wünsche Griechenlands ein größeres Entgegenkommen finden mögen, als bisher, was insbesondere von einer befriedigenden Lösung der Postfrage gilt.

* Wie aus Sofia geschrieben wird, beschäftigt sich die zur Prüfung der bulgarischen Heeresbedürfnisse niedergesetzte, aus höheren Officieren bestehende Commission gegenwärtig namentlich mit der Frage der Anschaffung von 15 Millionen Patronen für Berdangewehre, um den durch den Krieg mit Serbien verursachten Abgang in den Munitions-Depôts zu ersetzen. Der bezügliche Vertrag mit einer belgischen Firma ist, wie sich im Gegensatz zu den in der europäischen Presse verbreiteten Meldungen versichern läßt, bis zur Stunde noch nicht bis zur Unterzeichnung gediehen, vielmehr setzt der Vertreter der belgischen Firma, Herr Makow, noch die Unterhandlungen mit dem Kriegs-Ministerium fort. Herr Makow sollte am 12. d. vom Prinzen Ferdinand empfangen werden; die Audienz wurde jedoch wegen eines leichten Unwohlseins Seiner Hoheit verschoben.

* Der in Brüssel erscheinende russisch-officiöse „Nord" wendet sich gegen die pessimistische Richtung in einem Theile der europäischen Presse und sagt, daß dieselbe eben so wenig gerechtfertigt sei, wie ein zu weitgehender Optimismus. Wie die Dinge heute liegen, denkt Niemand an den Krieg, und Rußland hat auf die Beschuldigungen, daß es den Krieg vorbereite, in unzweideutiger Weise mit officiellen Friedensversicherungen geantwortet. Das Wort des Zaren, daß er an der Zuversicht festhalte, seinem Reiche noch lange Jahre den Frieden zu erhalten, sei jedenfalls gewichtiger, als die falschen und aufgebauschten Zeitungsnachrichten über Truppenbewegungen im russischen Reiche. Wenn Rußland wirklich so ausgedehnte Rüstungen vornehmen würde, wie polnische und rumänische Blätter wissen wollen, dann würde man dies nicht erst aus Zeitungsblättern zu erfahren brauchen. Derlei Vorgänge lassen sich heute, wo Eisenbahnen, Post und Telegraphen bestehen, nicht mehr verheimlichen. Andererseits wäre es freilich übertrieben, trotz der allseits kundgegebenen Friedensabsichten, von der unbeschränkten Dauer des Friedens zu sprechen, so lange die bulgarische Frage nicht im Sinne des Berliner Vertrages gelöst sei. Leider komme diese Frage aber nicht vom Flecke. Wenn es den Mächten damit ernst wäre, so könnte die Lösung dieser Frage keine so großen Schwierigkeiten machen. Der „Nord" bestreitet, daß Rußland in Bulgarien eine Ausnahmsstellung haben wolle. Das Begehren Rußlands, in Sofia diejenige Ordnung hergestellt zu wissen, welche im Berliner Vertrage vorgeschrieben ist, bedeute doch nicht die Forderung einer Ausnahmsstellung. Hätten die Mächte gleich nach der Abdankung des Fürsten Alexander darüber gewacht, daß in Sofia nicht ungesetzliche Zustände Platz greifen, so gebe es jetzt keine bulgarische Frage. Denjenigen, welche von Rußland den ersten Schritt erwarten, sagt der „Nord", daß Rußland bereits mehrere Lösungen vorgeschlagen habe, welche von den Mächten abgelehnt wurden. Nun sei es Aufgabe der letzteren, selbst etwas Besseres vorzuschlagen.

* Ein vor einigen Tagen den Cortes vorgelegtes spanisches Rothbuch bringt in den darin enthaltenen Schriftstücken eine Geschichte der Unterhandlungen, welche die spanische Regierung mit den Mächten über das Recht Spaniens, in allen Fragen betreffend Afrika, das Mittelmeer und ganz besonders die Naturalisation des Suezcanals gehört zu werden, gepflogen hat. Das Rothbuch liefert ferner eine Darstellung der Unterhandlungen, welche seitens Italiens zu der Abtretung eines schmalen Landstrichs an der Bai von Assab geführt haben. Spanien darf dort zunächst auf fünfzehn Jahre eine Kohlenstation unterhalten, doch behält sich Italien seine Rechte der Souveränetät vor. Der dritte Gegenstand, den das Rothbuch behandelt, ist die marokkanische Frage. Es werden darüber 48 Depeschen beigebracht, darunter das Einladungsschreiben zur internationalen marokkanischen Conferenz und die Annahmeschreiben der eingeladenen Mächte.

* Der Gouverneur des Territoriums Washington hat den Entwurf für die Gewährung des Stimmrechts an Frauen unterzeichnet.

* Die in Mexiko erscheinende deutsche Zeitung „Germania" berichtet unter dem 24. December v. J.: Am 18. d. M. starb hier eine im Kaiserreich berühmte Persönlichkeit, Pater Aug. Fischer zuletzt Pfarrer in San Cosme. Der Verstorbene spielte als Privatsecretair und Hofcaplan des verewigten Kaisers Maximilian seiner Zeit eine hervorragende Rolle, nachdem er schon früher unter der mexikanischen katholischen Geistlichkeit eine einflußreiche Stellung eingenommen hatte. Er war unstreitig ein talentvoller und mit vielen Kenntnissen ausgestatteter Mann. Am 15. Juni 1825 bei Ludwigsburg im Königreich Württemberg geboren, hatte er sich in letzterer Zeit besonders bibliographischen Studien gewidmet. Auch soll er Memoiren über das Kaiserreich geschrieben haben, die aber, seiner Anweisung nach, erst zehn Jahre nach seinem Tode der Oeffentlichkeit übergeben werden sollen.

Militairisches.

* In Anknüpfung an die bevorstehende Berathung der Wehrgesetznovelle im deutschen Reichstag wirft das Wiener „Fremdenblatt" auch einen Blick auf die militairische Situation Oesterreich-Ungarns und äußert sich hierzu u. A. folgendermaßen:

„Durch die Begründung und Organisation seines Landsturms hat sich Oesterreich-Ungarn eine Institution geschaffen, welche ihm die Entfaltung seiner Heeresmacht bis zu einer imposanten Ziffer gestattet, wenn es auch in der Zeitung der Landwehr- und Landsturmpflicht noch wesentlich hinter den Ansprüchen Deutschlands an die Bevölkerung zurückbleibt. Größer als in der deutschen Armee ist nur unsere Reserve-Dienstpflicht; sie umfaßt bei uns sieben, in Deutschland vier Jahre, dagegen stehen den in Deutschland proponirten zwölf Landwehrjahren in Oesterreich lediglich zwei Landwehrjahre (für die aus dem Heere übertretende Mannschaft) gegenüber, ein Minus, das durch die Bestimmungen unseres Landsturmgesetzes allerdings stark paralysirt wird. Unser erstes Landsturmaufgebot kann ja nach Art des deutschen zweiten Landwehraufgebots zur directen Ergänzung des Heeres und der Landwehr aufgeboten werden, so daß uns im äußersten Falle achtzehn Jahrgänge geübter Truppen zur Verfügung stehen; nur in der Ausdehnung der Landsturmdienstpflicht bis zum 45. Lebensjahre hat uns Deutschland um drei Jahre überholt. Diese Vergleiche drängen sich unwillkürlich auf, und sie dürfen uns eine doppelte Beruhigung gewähren; zeigen sie uns doch einerseits, daß es nicht übermäßige, unverhältnißmäßige Opfer sind, welche der Staat von der Bevölkerung, der Monarchie zu seiner Vertheidigung und Sicherung fordert, und daß andererseits unsere Heeresverwaltung den rechten Weg eingeschlagen hat, die Wehrmacht des Vaterlandes auf eine breitere Basis zu stellen und zur vollen Entfaltung zu bringen. . . . . Wir sehen somit die Regierungen beider befreundeten Nachbarreiche von dem gleichen und erfolgreichen Streben beseelt, ihre militairische Kraft durch den natürlichen Ausbau ihrer militairischen Kraft durch den natürlichen Ausbau ihres Wehrsystems zu steigern und die Sicherheit der Reiche zu stärken, indem sie der militairischen Situation Europas Rechnung tragen. In diesem Streben unterstützt der Patriotismus der Völker und Volksvertretungen die verantwortlichen Factoren. Man bringt schwere und empfindliche Opfer, um noch schwerere und empfindlichere Uebel abzuwenden vom Vaterlande."

Colonialpolitisches.

* In englischen Zeitungen erschien vor Kurzem eine Reihe von Artikeln, in denen von einer Wiederaufnahme von Verhandlungen zwischen der englischen und portugiesischen Regierung behufs Erwerbung des werthvollen Hafens der Delagoabai (Lorenzo Marquez) die Rede war; in einzelnen Zeitungen ist sogar für die Ueberlassung dieses portugiesischen Colonialbesitzes an England bereits ein bestimmter Kaufpreis angegeben worden. Nachdem diese Nachrichten seitens der portugiesischen Presse als gänzlich unbegründet bezeichnet worden sind, erfährt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" aus in diesem Falle wohl informirter Quelle, daß seit dem Jahre 1881, in welchem derartige Verhandlungen thatsächlich stattfanden und resultatlos verliefen, eine Anknüpfung zwischen den betheiligten Ländern nicht wieder erfolgt ist, und daß die portugiesische Regierung durchaus nicht geneigt erscheint, auf die Ueberlassung irgend eines Theils ihrer südafrikanischen Besitzungen einzugehen. Dem Welthandel kann es auch nur erwünscht sein, daß in der Delagoabai in Verbindung mit der im Bau begriffenen Eisenbahn in Transvaal neue Brennpuncte der Handelsinteressen erstehen, denen förderlichst zu Statten kommt, daß für den Import via Delagoabai durch die Transvaal-Regierung vertragsmäßig Zollsätze vereinbart sind, welche nur ungefähr den dritten Theil der für diese Importe seither in den Häfen der Capcolonie (Durban und Natal) erhobenen Zölle ausmachen.

Genossenschaft sächsischer Felddiakonen
(freiwilliger Krankenpfleger vom Rothen Kreuz).

† Dresden, 22. Januar. Jeder unserm Vaterlande drohende Krieg, welcher volle Anspannung der Wehrkraft nöthig macht, stellt auch an den Dienst der Kranken- und Verwundetenpflege im Kriege die höchsten Anforderungen. Die dafür getroffenen amtlichen Maßregeln vermögen nicht die Aufgabe allein zu erfüllen. Das Vaterland hofft daher auf die freiwillige Hilfe aller Derer, welche nicht durch den Kriegsdienst oder ihren Beruf unmittelbar in Anspruch genommen werden.

Es hat sich — wie in diesem Blatte bereits besprochen — zu besagtem Zwecke auch im Königreich Sachsen eine Genossenschaft gebildet, welche sich die Ausbildung freiwilliger Krankenpfleger (Felddiakonen) zur Aufgabe macht, um dieselben im Kriegsfalle sofort dem Verein vom Rothen Kreuz zur Verfügung zu stellen. Nachdem die Genossenschaft bereits in Leipzig zahlreiche Mitglieder, namentlich aus Studentenkreisen, gefunden hat, galt es nun auch in Dresden die Hand ans Werk zu legen.

Zu diesem Zwecke hatte das Directorium des Landesvereins für innere Mission auf gestern Abend nach dem Saale von Braun's Hotel hier, eine öffentliche Versammlung einberufen, zu welcher alle Diejenigen, welche sich für die Sache interessiren, insbesondere aber nicht militärpflichtige junge Männer aller Stände eingeladen worden waren. Der überaus zahlreiche Besuch dieser Versammlung legte Zeugniß dafür ab, daß die gegebene Anregung auch in unserer Stadt auf fruchtbaren Boden gefallen war.

Herr Geh. Regierungsrath von Criegern aus Bautzen, Landes-Delegirter der freiwilligen Krankenpflege im Königreich Sachsen und Vorsitzender im Directorium des sächsischen Landesvereins vom Rothen Kreuz, hielt einen längeren Vortrag über: „Die Organisation der freiwilligen Hilfe im Kriege und im Frieden unter besonderer Berücksichtigung der freiwilligen Krankenpfleger (Felddiakonen)." Die Ausführungen des Herrn Vortragenden deckten sich vollkommen mit dem von demselben dieser Tage in Leipzig gehaltenen Vortrage, über welchen im „Leipziger Tageblatt" bereits eingehend berichtet wurde. Der Vortrag erntete allseitigen Beifall.

Nach weiteren Ansprachen der Herren Grafen Vitzthum von Eckstädt und Pastor Seidel meldete sich aus der Mitte der Versammlung sofort eine recht stattliche Anzahl junger Männer zum Beitritt zu der Genossenschaft sächsischer Felddiakonen.

Es soll nunmehr alsbald ein Vorcursus zur Ausbildung der Angemeldeten in der freiwilligen Krankenpflege beginnen. Zur praktischen Uebung hat der Rath der Stadt Dresden das hiesige Stadtkrankenhaus zur Verfügung gestellt.

Dem hiesigen geschäftsführenden Ausschuß für Sammlung und Ausbildung freiwilliger Krankenpfleger gehören an die Herren Graf Vitzthum von Eckstädt, Hofrath Dr. Stelzner, Pastor Seidel, Oberbürgermeister Dr. Stübel, Geh. Hofrath Ackermann, Vorsitzender des Stadtverordneten-Collegiums, Consistorialrath D. Dibelius, von Schubert, Generalleutnant z. D., Gen. Rath Dr. Zenker, Director des königl. Polytechnikums, Louis Kalkbrenner, Commerzienrath, Prof. H. Hultzsch, Vorsitzender der Dresdner Kunstgenossenschaft, und Prof. A. Schönherr.

Carola-Theater.

Leipzig, 22. Januar. Die Münchener brachten gestern eine Novität: „Hanns im Glück", ein Volksstück mit Gesang und Tanz von Max Grube und Koppel-Ellfeld, welches eine sehr freundliche Aufnahme fand; namentlich schlug der dritte Act mit seinen Effectscenen zündend ein. Beide Autoren sind unseres Wissens norddeutscher Herkunft und der oberbayerische Dialekt dürfte wohl eine Zuthat der Münchener Schauspieler sein, welche das Volksstück sich für ihre Zwecke annectirten. Max Grube steht bei uns Leipzigern als talentvoller Schauspieler in bester Erinnerung, und seine auswärtigen Erfolge bestätigten die gute Meinung, die unser Publicum stets von ihm gehegt. Doch er ist nicht blos ein guter Schauspieler, sondern ein